

Sachantrag

der Listen „Liste LINKS [...]“, „SDS* [...]“ und „junge sozialist:innen & fachschaftsaktive“

Hände weg von der Zivilklausel! Für zivile Wissenschaften & Bildung! Gegen die Militarisierung der Hochschulen!

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament unterstützt den Aufruf aus den hessischen Hochschulen und der bundesweit Aktiven für Zivilklauseln: „Hände weg von der Zivilklausel! Keine Eingriffe in die demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen!“ <http://zivilklausel.de/>

Der Aufruf weist die von der zukünftigen schwarz-roten Landesregierung beabsichtigte „Überprüfung“¹ der Zivilklauseln zurück und will gegen die forcierte Militarisierung die Zivilklauseln und Friedenswissenschaft zu stärken. Diese Auseinandersetzung hat bundesweit Bedeutung. Denn die Verwirklichung der UN-Nachhaltigkeitsziele, die sich die Uni Hamburg zur Aufgabe gemacht hat, ist mit der Vereinnahmung der Wissenschaften – der Forschenden und Studierenden – für Militarisierung und Krieg im Rahmen der sogenannten Zeitenwende unvereinbar. Das Friedensgebot im Leitbild der Universität Hamburg und die Verpflichtung auf Forschung zu ausschließlich zivilen Zwecken in der MIN-Fakultät bilden gute erkämpfte Grundlagen, um die Forschung an Kriegs- und Friedensursachen an der Uni Hamburg auszubauen und uns so der Verwirklichung der Menschenrechte und Lösung der aktuell 21 Kriege und 216 gewaltvollen Konflikte auf der Welt zu widmen. Hierzu möchte das Studierendenparlament mit der Unterzeichnung des Aufrufs anregen und beitragen.

Das Studierendenparlament fordert das Präsidium des Studierendenparlaments auf, die Fachschafsräte der Uni Hamburg über den Aufruf (und diesen Beschluss) in Kenntnis zu setzen, damit auch diese sich in die Auseinandersetzung involvieren können.

Das Studierendenparlament unterzeichnet den Aufruf:

¹ Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD für die 21. Legislaturperiode 2024-2029, S 99. https://www.spd-hessen.de/wp-content/uploads/sites/269/2023/12/Dokument_final.pdf

Hände weg von der Zivilklausel! Keine Eingriffe in die demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen!

Beinahe zwei Jahre nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine und der daraufhin ausgerufenen „Zeitenwende“ der Bundesregierung ist die drastische Verengung auf militärische Logiken scheinbar unverrückbare Maxime, die mittlerweile ganz offen sowohl materiell als auch mental zu einer gesamtgesellschaftlichen „Kriegstüchtigkeit“ führen soll. Als Wissenschaftler:innen und Studierende wissen wir, dass heute wie damals kein Krieg ohne die Einbindung von Wissenschaft geführt werden kann. Denn der geschichtsbewusste Blick macht offenkundig, dass globale militärische Aufrüstung immer auch ein technologisches Wettrüsten in der Konkurrenz um die elaboriertesten Gewaltmittel bedeutet.

Nachdem im vergangenen politischen Sommerloch der Medien häufiger zum Angriff auf die Zivilklauseln an über 70 Hochschul- und Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik² geblasen wurde, scheint der hessische Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) mit seiner anstehenden Wiederwahl nun Taten folgen zu lassen. In den derzeitigen Verhandlungen von CDU und SPD in Hessen um einen Koalitionsvertrag sind offenbar die Streichungen der an drei hessischen Universitäten und Hochschulen verankerten Zivilklauseln vorgesehen. Wenig überraschend eigentlich, wenn man sich die bereits im Landtagswahlkampf verlautbarten Versprechungen des Ministerpräsidenten bei den hiesigen Rüstungsriesen vergegenwärtigt. Dort postulierte Rhein bereits aussichtsreiche Bedingungen, womöglich auch uneingeschränkter Zugriff auf öffentliche Einrichtungen, eben ganz im Sinne des Aufrüstungszeitgeists.³ Wie auch immer dieser Eingriff in die demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen aussehen soll, es wäre so oder so ein militaristischer Eingriff in die zivile Hochschul- und Forschungslandschaft, der in der Geschichte der Bundesrepublik beispieillos wäre. Zivilklauseln sind die Resultate demokratischer Auseinandersetzungen in den Hochschulen. Sie wurden von Studierenden, Forschenden und Lehrenden erstritten und durch die Selbstverwaltungsgremien beschlossen!

Die militaristische „Zeitenwende“ trifft jedoch auf eine öffentliche Hochschullandschaft im desolaten Zustand: Es gibt einen Sanierungsstau für die Instandsetzung der deutschen Hochschulen, der auf über 70 Milliarden Euro geschätzt wird⁴. In Marburg stürzte jüngst das Dach eines Vorlesungssaals ein⁵, seit Jahren melden ganze Fachbereiche Bankrott an⁶, prekäre Beschäftigungsverhältnisse an öffentlichen Hochschulen sind weiterhin bitterer

2 <http://zivilklausel.de/index.php/bestehende-zivilklauseln>

3 <https://www.zeit.de/news/2023-07/25/ministerpraesident-rhein-will-ruestungsstandort-kassel-staerken>

4 <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/deutschlands-hochschulen-brauchen-74-milliarden-euro-fuer-instandsetzung-a-d44d7394-6ab2-4bee-8c25-4a5a01ad75f9>

5 <https://www.hessenschau.de/panorama/uni-marburg-decke-in-hoersaal-eingestuerzt-v3,decke-uni-marburg-100.html>

6 <https://www.giessener-allgemeine.de/giessen/stellenkuerzungen-uni-giessen-jlu-sparplaene-mittelbau-91265014.html>

Alltag für den wissenschaftlichen Mittelbau und studentische Hilfskräfte⁷ und die psychosoziale Lage der Studierenden spitzt sich seit Jahren weiter zu.⁸ Die Ökonomisierung der Hochschule und Forschung der vergangenen Jahrzehnte ist keinesfalls eine Erfolgsgeschichte – eine weitere Verschärfung ist keine Lösung, sondern zementiert ihre Ursachen! Dieser realen und für alle offenkundigen Problemlage von Hochschulen und ihren Angehörigen wird kein Sondervermögen von 100 Mrd. zugewilligt. Im Gegenteil verhindert eine militaristische Verschärfung der Drittmittelabhängigkeit eine in die Zukunft gerichtete und am Gemeinwohl orientierte Entwicklung der gesamten Hochschullandschaft.⁹ Denn unter den aktuellen Haushaltsverhältnissen mit Schuldenbremse in Bund und Ländern, bedeuten Milliarden für Rüstung und Militarisierung ein weiteres Kaputtsparen des Sozialstaates und damit auch der Grundlage für eine gemeinwohlorientierte Forschung und Lehre.

Schluss damit!

Wir wollen eine zivile Hochschullandschaft, die es sich zur Aufgabe macht, den globalen Krisen international und kooperativ zu begegnen und damit dem zukunftsweisenden Auftrag durch die verfasste Weltgemeinschaft der UN mit den 17 Nachhaltigkeitszielen (SDGs) folgt. Gerade eine solche Orientierung bildet die Grundlage von Wissenschaften, die die Erforschung der Ursachen und die Ausarbeitung von humanistischen Lösungsansätzen zur Klimakrise, zu Kriegen, Flucht und Vertreibung und dem globalen sozialen Elend zum Zweck haben! Zivilklauseln schaffen jene wissenschaftliche Freiheit, um genau diesem Auftrag gerecht werden zu können.¹⁰ Denn die Verstrickungen der Wissenschaften für Krieg insbesondere in Deutschland haben eine dunkle Geschichte: In den beiden Weltkriegen waren es deutsche Wissenschaftler, die maßgeblich an der barbarischen Qualität der Gewaltmittel für den deutschen Kolonialismus, totalen Krieg und Holocaust mitgewirkt haben. Nach der Befreiung durch die Alliierten wurde dieser Verstrickung im Grundgesetz bedeutend Rechnung getragen.

*Die Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs 3. GG) im Lichte des Sozialstaatsprinzips (Art. 20 Abs. 1 GG) und der grundsätzlichen Friedensfinalität des Grundgesetzes bilden die Grundlage für eine freie Wissenschaft und Lehre in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. **Sozialer Fortschritt im Sinne der Menschenwürde (Art. 1. GG) im Einklang mit einer ökologisch-nachhaltigen und friedensorientierten weltweiten Entwicklung – das ist der zukunftsorientierte Zweck einer Hochschule, die sich der Verwirklichung des Grundgesetzes verpflichtet fühlt!***

*Wir fordern: **HÄNDE WEG VON DER ZIVILKLAUSEL!***

7 <https://www.gew-nrw.de/neuigkeiten/detail/hochschule-studie-belegt-prekaere-arbeitsbedingungen>

8 <https://www.fzs.de/2023/03/12/studentische-armut-sichtbar-machen-und-bekaempfen/>

9 <https://www.imi-online.de/download/IMI-Studie2023-2-Sozialabbau.pdf>

10 <https://www.bdwi.de/show/11158813.html>

** Keine Militarisierung der öffentlichen Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Hessen und überall!*

** Für die zivile Ausrichtung von Wissenschaft & Lehre und die dafür notwendige bedarfsgerechte öffentliche Ausfinanzierung!*

** Das Wesen der Zivilklausel stärken unter Studierenden, Forschenden wie Lehrenden für die Ausbildung und Befähigung zum kritischen Denken eines mündigen, gesellschaftlichen und demokratischen Menschen!*

** Mehr Demokratie wagen! Förderung und der Ausbau der demokratischen Selbstverwaltung der Hochschulen durch umfassende paritätische Einbindungs- und Mitwirkungsgremien aller Hochschulangehörigen.*

Kassel/Frankfurt, den 15.12.2023

Kontakt zur Initiative über info@zivilklausel.de

Erstunterzeichner:innen¹¹:

- Hessische Landes-ASten-Konferenz
- Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel!“
- Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)
- freier Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs. e.V.)
- Bundesverband der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsgegner*innen (DFG-VK)

¹¹ Weitere Unterzeichner:innen unter https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSeUmAHLVgtluekaPy-CcHeoWLAJ_mJjrA1FAKjrN6ejmmejdg/viewform